

en eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit dar. Weder kann die Bonner Regierung verhindern, daß es in kurzer Zeit wieder zu neuen akuten Konfliktsituationen zwischen den imperialistischen Ländern kommt, die auf dem Gebiet der Währung ausgetragen werden,

Neue Währungskonflikte v oraussehbar

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß es etwa im Abstand von sechs Monaten immer wieder zu einer neuen akuten Zuspitzung der Widersprüche auf dem Währungsgebiet kam. Und es ist vorauszusehen, daß spätestens im Herbst 1969 wieder die Rede von notwendigen Aufwertungen und Abwertungen sein wird. Völlig ungewiß ist auch, wie sich eine neue Bundesregierung nach den Bundestagswahlen zum Problem der Aufwertung verhalten wird. Bestimmte Weichen für eine Aufwertung sind schon heute gestellt. Sowohl Teile der Monopolpresse (Industriekurier, Der Volkswirt) mit den hinter ihnen stehenden Monopolen als auch die SPD-Minister in der Bonner Regierung traten vor und während der Aufwertungsdebatte für eine Aufwertung ein. Sie taten dies nicht etwa, weil sie für eine weniger imperialistische Politik sind, sondern deshalb, weil sie in der Währungsfrage eine andere taktische Konzeption als jene Kräfte des Monopolkapitals verfolgen, die sich gegen die Aufwertung ausgesprochen und zunächst mit ihrer Meinung durchgesetzt haben.

Während die Aufwertungsgegner eine „harte Linie“ verfolgen und auf diese Weise die Hegemonieansprüche der westdeutschen Monopole zu verwirklichen gedenken, beabsichtigen die Befürworter der Auf-

wertung, den anderen imperialistischen Mächten ein ge-

wertung, den anderen imperialistischen Mächten ein ge-

Folgen für die westdeutschen Werktätigen

Die Bonner Regierung begründete ihren Beschluß, nicht aufzuwerten, u. a. mit dem Argument, eine Aufwertung würde zu einer Hemmung des Exports und mithin zu einer Verschlechterung der Beschäftigungslage führen. Diese Argumentation enthält zwar einen richtigen Kern, verschweigt aber, daß die Nichtaufwertung sehr ähnliche Folgen zeitigen wird. Sie bedeutet, daß der westdeutsche Ausfuhrüberschuß weiter steigt. Hieraus ergeben sich neue Inflationstendenzen, da Waren, für deren Herstellung in Westdeutschland Löhne und Profite realisiert werden, ins Ausland fließen. Waren- und Geldzirkulation fallen noch stärker auseinander. Weitere Preissteigerungen sind daher unvermeidlich. Diese aber beschneiden sowohl die Akkumulation als auch die Konsumtion in Westdeutschland, was auch nichts anderes als Verschlechterung der Beschäftigungslage heißt.

Hinzu kommt noch, daß die westdeutschen Monopole den vergrößerten Ausfuhrüberschuß als Quelle eines forcierten Kapitalexports benutzen wollen. Sie beabsichtigen, in Zukunft mehr im Ausland und damit weniger in Westdeutschland selbst zu investieren. Auch hieraus ergeben sich für

wisses Entgegenkommen zu zeigen, um sie zu Zugeständnissen an die Pläne der westdeutschen Monopole zu veranlassen. Die Zielsetzung beider Gruppen ist also genau die gleiche: Realisierung des Vormachtstrebens der westdeutschen Monopole in Westeuropa als Mittel zur Stärkung ihrer Potenzen für die Aggressionsvorbereitung gegen die sozialistische! Länder.

die Werktätigen ungünstige Auswirkungen auf die westdeutsche Beschäftigungssituation. Außerdem intensiviert der Kapitalexport die Verflechtung der ohnehin instabilen westdeutschen Wirtschaft mit dem von Überproduktions-, Währungs-, Finanz-, Struktur- und politischen Krisen geschüttelten imperialistischen System und erhöht dadurch noch die Labilität der westdeutschen Wirtschaft.

Das alles zeigt, daß weder Aufwertung noch Nichtaufwertung Mittel sind, um etwa die soziale Sicherheit in Westdeutschland zu erhöhen. Sie sind vielmehr Waffen im Kampf der Imperialisten untereinander. Den Preis für diesen Kampf sollen die Werktätigen mit steigenden Lasten bezahlen. Dies ist die einzige Rolle, die den Werktätigen in dem Programm der Abs und Strauß zur Erringung der Hegemonie in Westeuropa zugedacht ist. Sie können den ihnen zugemuteten neuen Belastungen nur entgehen, wenn sie ihren Kampf gegen das ganze Expansions- und Aggressionsprogramm der westdeutschen Monopole richten und deren Macht zurückdrängen.

Dr. habil.
Gerd Maurischat